

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat August 50000 M., Nachzahlung vorbehalten. Ein einzelnes Exemplar 20000 M. Anzeigerpreis: Die einseitige Seite oder deren Raum 20000 M., die Reklamensseite 45000 M. Einheitsbetrag für Wiederholungen bei Bestellung beträgt 10000 M., bei Wiederholung des Auftrags 20000 M. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt maßgebend.

Nr. 198.

Altensteig, Montag den 27. August.

Jahrgang 1923

Vor lohnpolitischen Neuerungen?

Unter den ungeheuerlichen Aufgaben, die in diesen kritischen Tagen der Reichsregierung und der Wirtschaft für die Rettung des Staates gestellt werden, steht nicht zuletzt der ernsthafte Versuch einer Lösung des Lohnproblems. Die Ansätze, die vor einigen Monaten verheißungsvoll sich zu zeigen begannen, sind durch die in diesem Ausmaß nicht vorausgesehene Entwertung unseres Geldes in den letzten Wochen über den Haufen gerannt worden. Was wir bisher an Lohnpolitik, namentlich der öffentlichen Verbände, aber auch zahlreicher Wirtschaftskreise erlebt haben, entbehrt jeder rechtserfahrenen Grundlage und jedes Systems überhaupt, ist nichts anderes als schrittweise Verlegenheits- oder Verzweiflungsmache, die bei längerem Anhalten die letzten Stützen unserer Wirtschaft umreißen müßte. Man darf wohl erwarten, daß das Kabinett in seinen augenblicklichen entscheidenden Beratungen auch der Frage der zukünftigen Gehalts- und Lohnpolitik des Reiches die Aufmerksamkeit schenken wird, die sie erfordert. Mit dem von den früheren Regierungen befolgten Grundsatz des Augenmaßens und Laufenlassens gehts wahrhaftig nicht weiter. Inzwischen haben, was anerkannt werden muß, die berufenen Vertretungen der Wirtschaft Besprechungen über die Durchführung des Lohnwettbewerbs auf feste kaufmännische Unterlagen bereits eingeleitet; in den nächsten Tagen soll die Zentralarbeitsgemeinschaft zu wichtigen Verhandlungen zusammenrücken. Die Aussichten einer Verständigung erscheinen einmütig nicht schlecht, nachdem von Arbeitgeberseite die Forderung der Arbeitnehmer nach Sicherung der Kaufkraft des Lohnes als grundförmlich berechtigt und erstrebenswert anerkannt worden ist. Ueber dieses, wenn man will, theoretisches Zugeständnis hinaus sind die Arbeitgeber auch bereit, ihre tätige Mitarbeit zu leisten bei der Festlegung eines jener Forderungen der Arbeiter gerechtfertigten Entlohnungssystems. Dabei ist man von einer folgenden Erwägung ausgegangen: Die Höhe des Reallohns ist abhängig vom Ertrag unserer Wirtschaft, kann also, angesichts der Belastung durch den Friedensvertrag und des Rückgangs unserer Produktionskraft überhaupt den Stand der Vorkriegszeit so lange nicht erreichen, wie diese Schäden nicht ausgeglichen sind. Dieser Produktionsrückgangsfaktor ist schätzungsweise mit etwa 20 bis 30 v. H. einzusetzen, die also bei einer Berechnung des Reallohns durch Vergleich mit dem Friedensreallohn berücksichtigt werden müßten. Nimmt man dazu, daß die noch bestehenden Reste der Zwangswirtschaft, namentlich bei den Rieten, die Kaufkraft der heutigen Löhne im Verhältnis zur Vorkriegszeit nicht ganz unbedeutend erhöhen, so könnte ein heutiger Festmarklohn in Höhe von rund zwei Dritteln des Friedenslohns als angemessen, weil den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, erscheinen. Bei Goldmarkkalkulation sind in der Tat schon heute in weitem Umfang zwei Drittel des Friedensgoldlohns eingepreist.

Da der Übergang der Privatwirtschaft zur Festmarkkalkulation schon weitgehend vollzogen, der der Staatswirtschaft eingeleitet ist, so begegnet die Einführung des Festmarklohntarifs kaum noch grundsätzlichen Bedenken. Unbedingt ist jedoch zu fordern, daß der Übergang zum Festmarklohn allgemein und nicht nur in einzelnen Gruppen erfolgt, für die er heute vielleicht schon tragfähig wäre. Auch setzt er, falls diese grundlegende Voraussetzung auf dem Gebiet der Lohnpolitik für die Gesamtwirtschaft tragbar und von Nutzen sein soll, voraus, daß die Spannen zwischen den Löhnen der einzelnen Wirtschaftskreise sowie zwischen den Löhnen der gelehrten und ungelerten, der jugendlichen und erwachsenen Arbeiter wieder in angemessenem Verhältnis hergestellt werden. Die Auszahlung des Festmarklohns hätte in Verbindung zu erfolgen nach einem für die Festmarkrechnung in Staats- und Privatwirtschaft allgemein festzulegenden Multiplikator, der die Goldlinie nach Dollarfuß und der Bewegung der Lebenshaltungskosten in gleicher Weise Rechnung tragen muß. Bis zur Einführung des Festmarktarifs wäre die Unternehmerhaftigkeit, namentlich lohnrechtlich alles zu tun, um den verdienten Lohn möglichst in gleichgebliebener Kaufkraft auszusahlen.

Nach dieser Richtung etwa dürften sich die Vorschläge der Unternehmer bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaften erstrecken. Sie sind, wie man sieht, aufs höchste beeinflusst von den Lehren der letzten Wochen und Tage.

die ein Beharren auf den von den öffentlichen Verbänden und, unter dem Druck der Verhältnisse auch von einigen Wirtschaftsgruppen eingeschlagenen lohnpolitischen Wege als katastrophal erwiesen haben. Hat sich doch gezeigt, daß eine Lohnanpassung nach einem zentralen Lebenshaltungsindeks unter gleichzeitigen Vorwegschägen einer voranschreitend neu beschreibenden Tendenz zu einer Spekulation auf Marktwertschwächung, zu einem schnellen Herantreiben der deutschen Preise an Weltmarktpreise bei gleichbleibendem Dollarstand und schließlich zum Uebersteigen der Weltmarktpreise bei nur geringem Sinken des Dollarstandes führen muß.

Einigung über wertbeständige Entlohnung.

Berlin, 26. Aug. In den letzten Tagen haben, wie aus Gewerkschaftskreisen gemeldet wird, innerhalb der Spitzenverbände der Zentralarbeitsgemeinschaft mehrere Sitzungen stattgefunden, die sich mit der Herbeiführung wertbeständiger Arbeitsentlohnungen beschäftigten. Man ist zu einer gewissen grundsätzlichen Einigung gekommen, die dahin geht, daß künftig die jeweiligen Lohnbeträge in Grundlohn und Multiplikator zerlegt werden sollen. Der Tariflohn wird dann also in Zukunft aus einer für einen Zeitraum von etwa vier bis sechs Wochen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten von beiden Vertragsparteien festzusetzenden Grundzahl zusammengefasst, die mit einer in der Bewegung der Lebenshaltungskosten wiederzulegenden Indexziffer zu vervielfältigen ist. Als Multiplikator wird bei Reichstaxiverträgen die Reichsindekszahl des statistischen Relativums Verwendung finden; bei örtlichen Verträgen empfiehlt sich die Berechnung einer Maßzahl, die den örtlichen Verhältnissen entspricht. Grundsätzlich für die Bemessung der Lohnhöhe ist also künftig der Geldwert der Verbrauchswoche maßgebend.

Dressstimmen zur Kanzlerrede.

Sämtliche Blätter sind sich darin einig, daß die Rede des Reichskanzlers Dr. Stresemann einen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege der Lösung der Reparationsfrage bedeutet. Wenn auch die deutschnationalen Zeitungen eine gewisse Skepsis hinsichtlich des Erfolgs der Bemühungen Dr. Stresemanns, mit den Alliierten zu einer Verständigung in der Reparationsfrage zu gelangen, hegen, so erklären sie sich doch im großen und ganzen mit den Ausführungen des Kanzlers einverstanden.

Die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Zeitung“ vermissen allerdings in der Rede eine Äußerung über die Frage des passiven Widerstands und die Räumungsfrage und erklären, es wäre besser gewesen, wenn Dr. Stresemann nochmals betont hätte, daß um den Preis der Aufgabe des passiven Widerstands die Aufnahme von Verhandlungen nicht möglich sei.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichnet die Rede des Kanzlers besonders als einen großen Fortschritt, weil sie vor aller Welt klar die Differenzpunkte zeigt, die zwischen Deutschland und Frankreich bestehen.

Die „Vossische Zeitung“ nennt die Rede ein Ereignis, von dem geschichtliche Wirkungen ausgehen könnten. Durch die Erklärungen des Kanzlers sei eine Verhandlungsgrundlage geschaffen, die tragfähig sei und die nur dann zusammenbrechen, wenn der Gegner dem deutschen Volk verwehren wolle, als Preis äußerster Anspannung seiner Kräfte dereinst den erlösenden Tag der Freiheit zu sehen.

Das „Berliner Tageblatt“ hebt hervor, daß mit dem Angebot eines Teils der deutschen Wirtschaft als produktives Pfand für die deutschen Reparationsverpflichtungen weit über die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags hinausgegangen werde, denn der Friedensvertrag sehe als Pfand nur das staatliche Eigentum vor, während hier in einem gewissen Umfang auch das Privateigentum angeboten werde.

Der „Vorwärts“ schreibt: „Man hat die gegenwärtige deutsche Regierung als die letzte Karte im Spiel Deutschlands bezeichnet. Sie ist auch die letzte Karte im Spiele Europas. Sie hat den Willen, zu einer ehrlichen Verständigung mit Frankreich zu gelangen. Wenn jetzt nicht der Weg zu einer Verständigung gefunden wird, so ist nicht abzusehen, durch welche Wirren und Leiden hindurch die Völker schließlich doch zu ihm zurückfinden müssen. Deutschland hat gesprochen — Frankreich hat das Wort.“

Der „Figaro“ bezeichnet die neue Rede Stresemanns als ein geschicktes diplomatisches Fechtstück. Der Kanzler behält seinen Ruf, ein gewiefter Redner zu sein.

Er habe einer Verständigung mit den Verbänden nicht die Türe schließen wollen und andererseits die Gefühle der Deutschnationalen und sogar der Sozialisten, die für die Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes sind, nicht verletzt. Tatsächlich bedeuete die Rede, so schreibt das Blatt weiter, eine deutliche Annäherung an den französischen Standpunkt. Stresemann wolle seine Zeit nicht mit Erörterungen über die Gefekmäßigkeit des Ruhrunternehmens verlieren. Die Poincare, liege ihm an einem positiven Programm. Dieses Blatt geht dann schließlich so weit, anzunehmen, daß Stresemann mit der Pfandbergreifung, wie sie Poincare in seinen Telegrammen vom 10. und 13. Juni an seinen Londoner Vorkämpfer begründet, einverstanden sei (?).

Das „Echo de Paris“ findet nach verschiedenen Zustimmungen zu den Worten Stresemanns, daß der Fortschritt, den er in seiner Rede vertritt, nicht so bedeutend sei, wie man hätte vermuten können. Man konnte hoffen, schreibt dieses Blatt, daß Stresemann eine Brücke über den Strom schlagen werde, um den Konflikt zu lösen. Doch begnüge sich der Kanzler damit, vorsichtig gegen das entgegengelegte Ufer vorzugehen, indem er eine Stange in das Wasser legt, um so einen Fortschritt in der Lösung zu begünstigen, nicht aber eine definitive bevorstehende Regelung.

Wertbeständige Leistungen in der Unfallversicherung und Wochenhilfe.

Nach längerem Verhandeln im Special Ausschuss des Reichstages konnte am 15. August im Reichstag eine Gesetzesvorlage verabschiedet werden, nach der die Unfallrentenzulagen wertbeständig gemacht wurden. Einbezogen werden alle Renten, die wenigstens 20 v. H. der Volkrente betragen. Die bisherige Teilung der Jahresarbeitsverdienste, die im Februar festgelegt wurden, wonach für Renten mit 50 und mehr v. H. der Volkrente höhere Beiträge eingezogen wurden, bleibt bestehen. Als Grundlage der Renten gelten folgende Jahresarbeitsverdienste: bei Renten von 20 bis unter 50 v. H. für eine landwirtschaftliche Arbeiterin 172 800 M., für einen landwirtschaftl. Arbeiter 324 000 M., für einen gewerblichen Arbeiter 450 000 M. Bei Renten von 50 und mehr v. H. betragen die Zahlen 504 000 M., 840 000 M. und 1 152 000 M. Als Vervielfältiger dieser Zahlen gelten elf Zehntausendstel der jeweiligen Reichsindekszahl für die Woche vom 8. bis zum 14. August beträgt der Index beispielsweise 149 351. Danach ergibt sich ein Vervielfältiger von 164. Die Regierung wollte den Vervielfältiger immer auf volle 10 nach unten abrunden. Der Sozialdemokratie gelang es zu erreichen, daß nach oben abgerundet wird, und wenn der Vervielfältiger über 200 ist, auf 50 nach oben. Die Renten werden halb monatlich gezahlt. Zur Berechnung gelangt die Indexzahl, die zwischen dem 16. bis 10. Tage vor dem Zahlungstage veröffentlicht wird. Ein 100 v. H. Erwerbsbeschränkter hat unter Anwendung der Indexzahl von 149 000 eine monatliche Rente von 10 880 000 M. zu beanspruchen. Das Gesetz tritt am 1. September in Kraft. Für die zurückliegende Zeit soll noch eine Nachzahlung erfolgen, deren Höhe sich nach der Indexzahl richtet und vom Arbeitsminister festgelegt wird. Im September sollen im Reichstagsausschuss die Fragen der Abfindung kleiner Renten, Einführung des Bedürftigkeitsprinzips, Rentenbemessung nach der Berufstellung und Gewährung von Familienzulagen behandelt werden.

In der Wochenhilfe wurde in folgender Weise die Wertbeständigkeit durchgeführt: Kertzliche Behandlung, soweit solche erforderlich ist, wird nach wie vor gegeben. Der Beitrag zu den Entbindungskosten beträgt das Sechsfache der Reichsindekszahl. Wochenlohn wird in Höhe des Krankengeldes, mindestens aber im Betrage eines Zehntels der Indexzahl, und Stillschuld das halbe Krankengeld, mindestens aber drei Zehntel der Indexzahl, gezahlt. Wochenhilfe kommt für Selbstversicherte in Frage.

Familienwochenhilfe wird nichtversicherten Wöchnerinnen gewährt, wenn der Haushaltsvorstand versichert ist. Es beträgt ebenfalls den sechsfachen Betrag der Indexzahl als Beitrag zu den Entbindungskosten und ein Zehntel bzw. drei Zehntel für Wochen- und Stillschuld. Wochenfürsorge wird an bedürftige Wöchnerinnen gezahlt, die ebensowenig als wie der Haushaltsvorstand versichert sind. Die Beträge sind die gleichen wie in der Familienwochenhilfe.

Neues vom Tage.

Zur Eindämmung der Valutaspekulation.

Berlin, 26. Aug. Von ausländischer Stelle wird mitgeteilt: Am „Reichsanzeiger“ erscheinen demnächst weitere Ausführungsbestimmungen zur Valutaspekulationsverordnung. In Zukunft darf ein Betrieb nur noch den Betrag an ausländischen Zahlungsmitteln oder Forderungen mit ausländischer Währung halten, dessen zur Fortführung innerhalb zweier Monate im Durchschnittsumfang der Monate Mai bis Juni 1923 bedarf. Darüber hinaus dürfen ausländische Zahlungsmittel oder Forderungen gegen Reichsmark oder Wertpapiere auf Grund einer Handelskammerbescheinigung nicht erworben werden. Die Frist von 2 Monaten kann verlängert oder verkürzt werden.

Begehrende Aufhebung der Verkehrsperre.

Zortmund, 25. Aug. Nach Anschlägen an den Grenzdahnhöfen beabsichtigen die Franzosen, die Verkehrsperre für den 25. und 26. August für die Ein- und Ausreise aufzuheben. Vom 27. August aber dann in verächtlichem Umfang wieder eintreten zu lassen.

Vom Kameraden erschossen.

Mannheim, 26. Aug. Wie das „Mannheimer Volksblatt“ meldet, wurde letzte Woche ein französischer Soldat auf dem Bahnhof in Ludwigshafen von einem Kameraden aus unbekannter Ursache erschossen. Der Täter wurde dabei beobachtet, wie er das Gewehr, mit dem er die Tat vollführte, und in dem sich noch die Kasse der abgeschossenen Patrone befand, dem Toten in den Arm legte, wahrscheinlich um Selbstmord oder ein Attentat vorzutäuschen. Da er jedoch dabei von mehreren Zeugen beobachtet wurde, gelang ihm das nicht. Der Täter wurde verhaftet.

Die belgische Antwort an England.

Paris, 26. Aug. Die belgische Antwort traf am Freitag hier ein. Sie umfaßt 35 Seiten und ist ungefähr halb so lang wie die französische Antwort an England. In einem ersten Abschnitt werden die englischen Behauptungen bezüglich der belgischen Priorität widerlegt. Weiterhin wird zu der Gesetzmäßigkeit des Ruhrs unternehmens Stellung genommen und ausgeführt, daß Belgien sich den diesbezüglichen Standpunkt Poincarés, wie er in der französischen Note zum Ausdruck komme, zu eigen mache. Dem Brüsseler Korrespondenten der „Daily Mail“ zufolge betonen die belgischen Minister in dem Schriftstück gleichfalls, daß das Koexistenz aufgegeben werden müsse und zwischen den Vertretern Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens eine direkte Unterhandlung aufgenommen werden müsse.

Italienische Unzufriedenheit mit der französischen Note

Rom, 26. Aug. Zu der französischen Note äußert sich der römische Korrespondent der „Stampa“, indem er schreibt, daß die französische Antwort bei den italienischen Regierungskreisen einen ungünstigen Eindruck gemacht habe. Trotz ihrer höflichen Form habe der unterschulische Inhalt die Abneigung gegen die französische Politik verstärkt.

Amerika gegen Poincarés Argumente.

Newport, 26. Aug. Poincarés Erklärungen über die Schuldfrage in seiner Antwort an England haben die amerikanische öffentliche Meinung sehr gegen Frankreich verstimmt. Die Vereinigten Staaten denken nicht daran, auf die Schuldenzahlung durch Frankreich zu warten, bis Deutschland sich seiner Zahlungspflichtungen diesem gegenüber entledigt habe und werde Frankreich zur geeigneten Zeit energisch an seine Zahlungspflichten erinnern.

Von neuer Eisenbahnen in Kleinasien.

Rom, 26. Aug. Hinsichtlich Italien, England und Frankreich ist dieser Tage ein wichtiges Finanzabkommen abgeschlossen worden für den Bau neuer Eisenbahnen in Kleinasien, die sich von Banderma nach Osten und Westen erstrecken sollen.

Heimgesunden.

Roselle von Maria Spring.

(6) (Nachtrag verboten.)

Die schlichte Frau vermag den Ausführungen des Knaben nicht ganz heizupflichten, aber soviel begreift sie doch, daß es ihm fürchtbar ernst ist, mit dem, was er vorbringt. Beschwichtigend streichelt sie seine blonden Locken, wie sie es so oft getan, wenn er mit den kleineren Weiden seiner Kindheit zu ihr kam. Dieser frühere Knabe aber ist kein Kind mehr, seine Gedanken und Pläne sind seinen Jahren weit voraus.

„Heinz, mein Junge, ich kann den Sinn Deiner Worte nicht so recht erfassen, eins aber glaube mir, gegen den Willen Deines Vaters darfst Du nicht handeln. Die Eltern sind die berufenen Führer der Kinder auch in ihren wichtigsten Lebensfragen. Sie wollen ja nur das Beste der Kinder und darum müssen sich die Kinder ihnen unterordnen.“

„Ich kann aber nicht, Mutter Liesel, ich hasse die toten Buchstaben und die trockene Wissenschaft, ich kann nicht studieren, wie Hermann, Vater spricht aber davon als von ganz Selbstverständlichem.“

„Vielleicht läßt Vater sich umstimmen, Heinz!“ begünstigt Frau Liesel den aufgeregten Knaben, obgleich sie selbst nicht an ihre eigenen Worte glaubt. „Wir dürfen nur nicht zu stürmisch sein. Zwei Jahre hast Du ja auch noch Zeit bis zum Examen und das mußt Du doch machen, das schenkt Dir der Vater nicht. Sage niemanden etwas von Deinen Plänen, mein Junge, damit der Vater nicht von unbefugener Seite darüber unterrichtet wird.“

Bei den letzten Worten Frau Liesels hat sich die Tür geöffnet und die Kinder des Schulhauses stürmen herein. Ihnen voran Liesel, die Älteste, die vor einigen Wochen aus der Pension zurückgekommen ist. Sie ist ein hübsches Mädchen geworden, schlank, mit einer Fülle

Streiks und Ausperrungsende im Ruhrgebiet.

Berlin, 26. Aug. Aus Essen wird berichtet: Die Arbeitslage des besetzten Gebiets bessert sich. Auf 60 Prozent aller Zechen ist die Arbeit wieder aufgenommen und auch in den übrigen besteht Aussicht, daß sie alsbald aufgenommen wird. Auf den meisten Zechen, auf denen die Aussperrung angekündigt war, ist die Belegschaft wieder vollständig erschienen. Der Ausfall der Berliner Einigungsverhandlungen wird zu einer weiteren Beruhigung beitragen. Nur auf einer geringen Anzahl von Zechen im Essener Revier dauert die Bewegung noch an.

Echo der Kanzlerrede in London.

London, 26. Aug. Die Blätter veröffentlichen die Rede des deutschen Reichskanzlers in ausführlicher Form und heben besonders die glückliche und verständliche Fassung der Rede hervor, sowie den Umstand, daß der Reichskanzler den Franzosen in Bezug auf eine Verständigung über die Entschädigungsfragen nähergetreten sei. Die Zurückweisung des Gedankens, Deutschland könnte durch Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England finden, findet gleichfalls besondere Beachtung.

Aus Stadt und Land.

Abwechslung, 27. August 1923.

* Bestätigt wurde am 24. August die Wahl des Bankwirts und Gemeindeführers Joh. Georg Seeger in Zortmund zum Ortsvorsitzer der Gemeinde Zortmund.

— Ein Wort 7 Millionen. Die Telegrammgebühren nach dem Ausland sind, wie die inländischen, am 20. August nach einem Gegenwert des Goldfranken von 700 000 M. ebenfalls erhöht worden. Es kostet das Wort in tausend Mark nach den Niederlanden 84, Belgien, Dänemark und der Schweiz 105, Frankreich, Estland, Polen und Schweden 126, Norwegen 140, Italien 147, Finnland 175, Portugal 190, Großbritannien 217, Irland 224, Rußland 287, den Vereinigten Staaten 875 bis 2940. Das teuerste Wort nach den Araba- und Bonaire- westindischen Inseln kostet nicht weniger als 6 845 000 M., also nahezu 7 Mill. M.

— Abschaffung der Nachversteuerung der Tabakwaren in Sicht. Um den berechtigten Klagen aus den Kreisen der Tabakhändler abzuhelfen, die vor allem darüber erhoben werden, daß mit den steigenden Verkaufspreisen auch neue Steuerzeichen verwendet werden müssen, wird der Reichsfinanzminister eine Verordnung erlassen, wonach aus Billigkeitsgründen Kleinhändler, die einen Preisaufschlag vornehmen, der lediglich der Entwertung des Geldes entspricht, von der Berücksichtigung zur Nachbesteuerung befreit werden. Ferner hat der Reichsfinanzminister erklärt, er beabsichtigt eine weitere Verordnung herauszugeben, schwebende Strafverfahren wegen Unterlassung einer Nachversteuerung niederzuschlagen. Der Reichsrat erklärte sich mit den Neuerungen einverstanden.

— Frachtermäßigung für Kartoffeln. Bezüglich der Kartoffelversorgung im kommenden Herbst ist besonders darauf hinzuweisen, daß auf den deutschen Reichsbahnen und auch auf mehreren deutschen Privatbahnen die übrigen widerrechtlichen Ausnahmetarife 13 für frische Kartoffeln als Stückgut und 10 für frische Kartoffeln in Wagenladungen gelten. Nach diesen Ausnahmetarifen wird für Stückgut nur ein Viertel, für Wagenladungen nur etwa ein Fünftel bis ein Sechstel der regelrechten Frachten berechnet.

— Die Aussichten für die diesjährige Hopfenenernte. Nach dem Pflanzenstandsbericht des Deutschen Hopfenbauvereins dürfte der mutmaßliche Ernteertrag in der Dallertau und im Spalterland knapp die Hälfte des Vorjahres sein; in den übrigen Anbaubezirken werden die Erträge noch geringer ausfallen, insbesondere hat das Herforder Land und der Rißgründ mit einer fast vollständigen Missernte zu rechnen.

blauschwarzer Tosen um das vikante Köpfchen mit den Tollkirshenaugen. In einiger Verlegenheit springt Heinz auf, flammende Rote überzieht sein junges Gesicht.

Er fürchtet den Spott des übermütigen, schönen Mädchens, das ihn ja stets damit neckt, daß er am Schürzenzipfel der Mutter hänge. Auch die Brüder verspotteten ihn ob seines unnigen Verhältnisses zum Schulhaus, doch ihren Spott fürchtet er viel weniger als den Liesels. Auch jetzt sieht er wieder das Spottfunkeln in den Tollkirshenaugen und ihre übermütige Art tut seinem empfinden Herz so weh.

„Wieder heimliche Angelegenheiten, Herr Sekundaner?“ lachte sie übermütig. „Das will er“ angehender Korpsstudent sein und hängt an Mutters Rock wie ein Baby.“

„Still Liesel!“ mahnt die Mutter tadelnd. „es steht einem jungen Mädchen nicht gut, wenn es stets so große Worte führt. Ich freue mich, daß Heinz den Weg zum Schulhaus noch nicht vergessen hat, wie seine Brüder. So lange ich noch in seinem Herzen jede Seite lesen darf, so lange brauch ich mich nicht um ihn zu sorgen.“

Die 11jährige E Friede mit dem schmalen, feinen Gesichtchen, um das sich die lichtbraunen Haare in dichter Fülle schmiegten, ergreift Heinzens Hand.

„Rimm Dir Liesels Redereien nicht zu Herzen, Heinz, sie meint's so böse nicht, sie kann nun einmal das Reden nicht lassen. Wir alle haben doch den großen Bruder so lieb.“

Heinz streicht gedankenlos mit der Hand über des Kindes weiche Waden, sein Auge aber folgt Liesel, die mit trotzig geschürzten Lippen das Zimmer verläßt.

Als Heinz eine halbe Stunde später wieder nach Hause geht, findet er Liesel hinter der Gartentür, anscheinend ganz vertieft in Weilsuchen. In Wirklichkeit hat sie nur auf Heinz gewartet, denn sie macht sich nichts aus den bescheidenen blauen Blümchen, denen sie ja auch so wenig gleicht. Heinz soll aber nicht merken, daß

— Gebührenerhöhung für Ärzte und Zahnärzte. Das Ministerium des Innern hat rückwirkend vom 15. August ab die Gebühren der Ärzte und Zahnärzte für die Verrichtung in der Privatpraxis auf das 20 000fache der Grundgebühren erhöht.

— Belohnung für Viehschendenbekämpfung. Vom württembergischen Ministerium des Innern ist die Belohnung für die Ermittlung der Todesursache bei noch nicht 6 Wochen alten Kälbern und bei Flegeln im Alter von mehr als 8 Wochen, für die nach dem Viehschendengesetz Entschädigung beansprucht werden kann, mit Wirkung vom 15. August an von 5000 auf 250 000 M. erhöht worden.

— Vorschusszahlung an die Industrieangestellten. Die württ. Industrie empfiehlt ihren Mitgliedern, die für 27. Aug. vorgesehene Auszahlung eines Vorschusses von 250 Proz. des Zulagebetrags bis zu 400 Prozent der tariflichen Zulagebeträge zu erhöhen.

Wertbeständige Sparanlagen.

Das württ. Ministerium des Innern hat auf Antrag des Vorstandes des württ. Sparkassen-Vereins die öffentlichen Sparkassen des Landes in widerruflicher Weise ermächtigt, Goldsparscheinanlagen unter gewissen Voraussetzungen entgegenzunehmen. U. a. ist bestimmt worden: Eine Goldsparmark ist gleich ein Scheitel U. S.-Dollar nach dem jeweiligen amtlichen Kurse der sechszwanzigprozentigen Dollarsparanweisungen an der Berliner Börse unter Zurückrechnung des im Kurse stehenden Zinszuschlags von jährlich 6 Prozent. Einzahlung, Rückzahlung und Verzinsung von Goldsparmarkanlagen erfolgen in deutscher Papiermark, nach dem schon gezeichneten Kurse. Reicht der Betrag des Goldsparmarkguthabens aus, so kann nach Wahl der Sparkasse Rückzahlung und Zinszahlung auch in Städten der sechszwanzigprozentigen Dollarsparanweisungen erfolgen.

Die Umwandlung bestehender Papiermarkguthaben in Goldsparmarkguthaben ist unzulässig. Die Sparkasse soll in der Regel Goldsparmarkanlagen nur annehmen, wenn der Sparer neben dem für das Goldsparmark-Konto einzuzahlenden Verbetrag ein dieser Summe mindestens gleichkommendes Guthaben auf Papiermarkkonto (Spar- oder Girokonto) bereits besitzt oder neu einzahl. Die Sparkasse ist in jedem Falle berechtigt, die Annahme von Goldsparmarkanlagen abzulehnen. Nur volle Goldsparmarkbeträge werden umgebucht. Die Rückzahlung von Goldsparmarkanlagen kann nur unter Einzahlung einer mindestens einmonatigen Kündigungsfrist gefordert werden. Der Zins wird am Jahresabschluss begahlt, sofern er vom Einleger mindestens eine Woche vorher angefordert wird. Andernfalls werden die Zinsen, soweit sie mindestens den Betrag einer Goldsparmark ausmachen, dem Goldsparmarkkonto, geringere Zinsbeträge dem Papiermarkkonto zugeföhrt und vom Beginn des neuen Rechnungsjahres ab verzinst.

Au die Landwirtschaft!

Das „Württ. Wochenblatt für Landwirtschaft“ richtet folgenden Aufruf an die württembergischen Landwirte: Im Anschluß an die Besprechungen des Reichskanzlers mit dem Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft bittet der Deutsche Landwirtschaftsrat unter Hinweis auf den Ernst der Lage die Landwirte, angesichts der großen Not in den Städten alle verfügbaren Nahrungsmittel der Versorgung der Städte zuzuföhren. Besonders groß ist der Mangel an Kartoffeln. Zur Fortsetzung des Nahrungskampfes an Rhein und Ruhr ist es unbedingt nötig, daß von seiten der Landwirtschaft alles geschieht, um der städtischen Bevölkerung über die Not der nächsten Wochen hinwegzuhelfen. Wir halten es für eine vaterländische Pflicht der Landwirte, in dieser Hinsicht nichts zu versäumen.

„Du hast schon viele Weilschen gefunden, Liesel? Darf ich Dir suchen helfen?“

Liesel blinnte anscheinend gleichgültig auf.

„Ach Du bist, Heinz. Bist Du noch hier? Ich glaubte, Du seiest längst zu Hause.“

„Ich habe auf Dich gewartet, Liesel, ich dachte, Du würdest noch einmal ins Zimmer kommen!“ erwiderte Heinz offenerzig. Er ist viel zu arglos, um die Manöver des schlauen Mädchens zu durchschauen.

„Wieder ins Zimmer kommen?“ wehrt Liesel spöttisch. „na ich danke, ich hatte an einer Moratpause gerade genug.“

„Bist Du mir böse deswegen, Liesel? Es war doch nicht meine Schuld. Du weißt ja, Mutter kann es nicht leiden, daß Du immer neckst.“

„Mutter kann vieles nicht leiden, was ich tue, ich kann mich aber nicht immer darum kümmern. Ich bin ich, und ich tue, was mir gefällt. Ich gestehe niemandem das Recht zu, sich in meine Angelegenheiten zu mischen.“

Trotzdem diese Worte dem Heinz nicht gefallen, blüht er doch voll Verwunderung in das schöne, trostige Gesichtchen, das so klug und mutig ihm entgegenblüht.

„Ja, Liesel, eigentlich hast Du wohl recht, ich hätte es ja auch nicht gerne, wenn mir jemand in meine Angelegenheiten hineinredete, aber die Eltern sind doch nun mal die Eltern, sie haben doch ein Recht, aber uns zu bestimmen.“

„Ein Waschlappen bist Du Heinz!“ spottet die Liesel. „Ich sollte nur ein Junge sein, ich wollte ihnen schon zeigen. Aber nun mach, daß Du nach Hause kommst, sonst setzt es vielleicht noch Prügel auf dem Schulzenhof, daß Du so lange mit der Lehrer-Liesel geplaudert hast.“

(Fortsetzung folgt.)

zum neuen Mißpreis schreibt der Landwirtschafts-Verband: Die Landwirte werden im Hinblick auf das bevorstehende Einsetzen der Sommerfrucht die Preisgestaltung von ihren Organisationen dringend gebeten, alle entbehrliche Feilscherei in die Städte zu heben. Die Not ist dort in der Tat so groß, daß man alle Kräfte aufbieten muß, sie zu lindern. Die Vorstände der Bezirks- und Ortsvereine werden dringend gebeten, in diesem Sinne persönlich auf die Erzeuger einzuwirken. Angesichts des vereinbarten Preises und der herrschenden Not können sie eine solche Einwirkung recht wohl verantworten.

Albermühle, Pumpsation bei Wildbad, 24. August. Anlässlich der Zurücklegung einer 25jährigen Dienstzeit durch den Maschinenmeister Walter brachten heute die Vertreter des Gemeindeverbandes der Schwarzwalddampferverehrung, wobei sich auch Herr Oberbaureis Groß, Vorstand des Bauamtes für öffentl. Wasserwerkungsweesen beteiligte, dem Jubilar die Glückwünsche und zugleich den Dank des Verbandes für die umfängliche Leistung des Betriebs in treuer und gewissenhafter Pflächterfüllung dar. p. Walter verstand es das in ihn vor 25 Jahren gestellte Vertrauen in jeder Weise zu rechtfertigen und verdient das beste Lob; und es ihm vergönnt sein noch recht lange dem Betrieb zum Segen des Verbandes vorstehen zu können.

Stuttgart, 26. Aug. (Rein Reichskanzlerbesuch.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die in der Presse verbreitete Nachricht, daß der Reichskanzler möglicherweise in den nächsten Tagen nach Stuttgart kommen werde, entspricht nicht den Tatsachen.

Brotpreiserhöhung. Vom Montag ab kostet der Laib Markenbrot von 930 Gramm Gewicht in Stuttgart 68 000 M., ein Pfund Markenmehl 10 000 M.

Vom Stuttgarter Buchverlag. Von der Stuttgarter Verleger-Vereinigung, der Organisation des in Stuttgart ansässigen Buchverlags, werden wir um Weitergabe folgender Zuschrift ersucht: „Die Stuttgarter Verleger-Vereinigung hat einstimmig folgende Entschliessung gefasst: Die ungeheuerlichen Steigerungen der Buchdruckerlöhne zwingen den Verlagsbuchhandel, seine Produktion einzustellen. Die Verleger sehen sich durch die überstürzte Teuerung und den dadurch bedingten Mangel an dem Absatz außerstande, die Betriebsmittel für

diese Anforderungen aufzubringen. Die verhängnisvollen Folgen, die sich durch einen Zusammenbruch des Verlagsbuchhandels nicht nur für die auf ihn angewiesenen Gewerbe — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — für die wissenschaftlichen, literarischen und künstlerischen Berufe, sondern auch für das gesamte deutsche Geistesleben ergeben würden, sind in ihrer vollen Auswirkung unübersehbar. Insbesondere auch für die Verbreitung der deutschen Kultur im Ausland wäre das Schlimmste zu besorgen.“

Neutlingen, 26. Aug. (Straßenbahneinstellung. — Notgeld.) Die hiesige Straßenbahn soll ab 1. September für den Personenverkehr einseitig werden, da die Gesellschaft die fortwährenden Verluste nicht mehr tragen kann. — Die Stadtverwaltung hat sich entschlossen, da die Zahlungsmittelknappheit weiter andauert, weitere 50 Millionen in 1 Millionen-Mark Scheinen auszugeben.

Balingen, 25. Aug. (Herber Verlust.) Ein Dienstmädchen namens Helene Seifert aus Balingen, das seit 14 Tagen von ihrer Dienststelle in Basel zu Hause auf Besuch weilte, wollte mit ihrem Bräutigam einen Ausflug auf den Nürtinger See machen und in Neutlingen Einkäufe besorgen. An der Bahnperre in Tübingen bemerkte sie den Verlust ihres Handtäschchens mit 173 Schweizer Franken, das sind 1,38 Milliarden Papiermark. Der Verlust ging ihr so zu Herzen, daß sie ohnmächtig zusammenbrach.

Altdorf, 20. Aug. (Verlobung.) Aus dem hiesigen Schloß wird gemeldet, daß sich der älteste Sohn des Herzogs Albrecht, Herzog Philipp Albrecht mit der Erzherzogin Helene von Österreich, Tochter des Erzherzogs Peter Ferdinand und dessen Gemahlin, einer geborenen Prinzessin von Bourbon-Sizilien, verlobt hat. Der Bräutigam ist im 30., die Braut im 20. Lebensjahr.

Dringender als je

ist heute das Lesen einer Zeitung! — Bestellungen auf die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ können jeden Tag gemacht werden!

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Die Teuerungsziffer vom 18. bis 24. August. In der abgelaufenen Woche vom 18. bis 24. August hat eine weitere dem Dollarkurs ungefähr entsprechende Teuerung der Lebenshaltungskosten sich vollzogen. Der Lebenshaltungskostenindex der Industrie- und Handelsziffer stieg von 439 919 auf 722 427 d. h. um 64,9 Prozent. Der Bekleidungskostenindex stieg um 82,4 Prozent, der der Ernährungskosten um 50,8 Prozent. Wiederzusammentritt der französischen Kammer erst Mitte November. Der französische Wiederaufbauminister erklärte einem Vertreter des „Echo de Paris“, daß die französische Regierung beabsichtige, das Parlament für den 13. November wieder einzuberufen, falls nicht vorhergehende Ereignisse einen früheren Zusammentritt von Kammer und Senat erforderlich machen sollten.

Eine deutliche Sprache. Ein „gutes“ Beispiel ist heutzutage das Zeitungsdruken. So sind wir, schreibt das „Landauer Volksblatt“ nun glücklich so weit, daß wir für eine Woche Lohn mehr bezahlen müssen, wie wir für Abonnements und Inserate den ganzen Monat einnehmen. Papier, Farbe, elektrischen Strom, die riesigen Ausgaben für das Redaktionsmaterial, sowie den Lohn für die übrigen Wochen des Monats sollen wir aus eigener Tasche daraufbezahlen. Dabei gibt es aber heute noch solche Hornochsen, die von Bucher Pressen und Schimpfen, wenn der Zeitungsverleger eine kleine Nachzahlung verlangt. Heute noch haben mehrere Hundert solcher Schundniggel die 40 000 M. Nachzahlung nicht einbezahlt.

Der Tod der Presse. In Schwandorf fand eine sehr stark besuchte Versammlung der Provinzbuchdrucker und Zeitungsverleger der Oberpfalz und des oberen Bayerischen Waldes statt. Der Vorsitzende wurde beauftragt, die Einstellung sämtlicher bayerischer Buchdrucker und Zeitungsbetriebe anzuregen, da die unerschwingliche Lohnsteigerung und die unerbörte feuerliche Belastung den Weiterbetrieb unmöglich macht.

Zus Ende der „fliegenden Blätter“. Aus München wird berichtet: Unter den sechzehn Münchener Zeitschriften, deren Erscheinen eingestellt wird, befinden sich auch die „fliegenden Blätter“, die „Deutsche medizinische Wochenschrift“, die „Klinische Wochenschrift“, die „Münchener medizinische Wochenschrift“ und die „Medizinische Klinik“.

Die Deutsche Volksanleihe

Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches.

Die durch die Ungunst der außenpolitischen Lage der deutschen Währung verursachte Schädigung hat die Ausgabe eines besonderen wertvolleren Reichspapiers — der Wertbeständigen Anleihe — erforderlich gemacht. Damit ist jedermann die Möglichkeit gegeben, sein Vermögen und Einkommen, vorübergehend oder dauernd, wertbeständig, vorzütun und sicher anzulegen.

Die Anleihe ist wertbeständig, denn sowohl die Verzinsung der Zinsen wie die Rückzahlung des Kapitals erfolgt auf Basis des Dollarkurses. Die Anleihe ist eine Volksanleihe, denn die kleinen Stücke ermöglichen es weite Kreise der Bevölkerung, ihre Ersparnisse durch Anlage in dieser Anleihe zu sichern.

Dem Charakter dieser Anleihe als Sparanleihe entspricht es insbesondere, daß die Zinsen der kleinen Stücke bei Fälligkeit der Anleihe insgesamt in Form eines Zuschlages von 70% zurückgezahlt werden.

Es ist zu erwarten, daß sich die kleinen Stücke infolge dieser Ausgestaltung besonders leicht im Verkehr einbürgern werden. Der Umsatz in dieser Anleihe wird aber namentlich dadurch erleichtert, daß sie von der Erbschaftsteuer befreit ist.

Wer also Einkünfte und Vermögen in dieser Anleihe vorübergehend anlegen will, braucht nicht zu befürchten, daß ihm beim Verkauf besondere Unkosten entstehen. Aber auch als dauernde Kapitalanlage ist die Anleihe außerordentlich geeignet, nicht nur wegen ihrer Wertbeständigkeit, sondern auch wegen der Befreiung von der Erbschaftsteuer für den Selbsteinkäufer.

Die Anlage ist ein sicheres Anlagepapier, denn Zinsen und Rückzahlung sind reichsrechtlich sichergestellt durch das Vermögen der gesamten deutschen Wirtschaft: Banken, Handel, Industrie, Landwirtschaft, sowie eines jeden, der über steuerpflichtiges Vermögen verfügt.

Die Zeichnung auf die Anleihe kann in Reich (100%) sowie in Devisen und Dollarkontowweisungen (95%) erfolgen.

Die Anleihe besitzt demnach alle Eigenschaften, die ein erstklassiges Anlagepapier haben muß: vorzügliche Ausgestaltung und Sicherheit sowie leichte Begehrtheit von Hand zu Hand. Namentlich durch ihre Wertbeständigkeit und ihre Befreiung von der Erbschaftsteuer ist sie geeignet, den dem deutschen Volke innewohnenden Sparsinn wieder zu beleben.

Daß die Anleihe auch ein wichtiges Glied in der Reihe der Maßnahmen ist, welche dazu dienen sollen, eine Gesundung der Wirtschaft, der Währung und des Finanzwesens herbeizuführen, bedarf nicht der Erwähnung. Wer sie zeichnet, sichert sich nicht nur die denkbar beste Anlage seiner künftigen Gelder, sondern er trägt auch dem großen Ganzen, indem er Kaufkraft zum Wiederaufbau beibringt!

Der Präsident des Reichstags

Abbe

Deutschnationale Volkspartei

Dr. Schell, Reichsminister a. D.

M. d. R. W. R.

Deutsche Demokratische Partei

Dr. Petersen

Zentrum

Dr. Hermann Müller, Reichsminister a. D.

Bayrischer Bauernbund

Dr. G. F. von Clement

Vertrag Reichswirtschaftsrat

Dr. C. F. von Clement

Dr. J. F. von Clement

Dr. C. F. von Clement

Dr. C. F. von Clement

Dr. C. F. von Clement

Deutscher Handwerks- und

Gewerkschaftsbund

Dr. H. H. H. H.

Deutscher Städte- und

Landesrat

Dr. G. G. G. G.

Reichsverband der Deutschen

Industrie

Dr. G. G. G. G.

Reichsverband der Deutschen

Ein- und Ausfuhrhandels

Dr. G. G. G. G.

Hauptgemeinschaft des

Deutschen Einzelhandels

Dr. G. G. G. G.

Centralverband des Dt. Bank-

und Bankiergewerbes (G. D.)

Verband deutscher Jüdischer

Arbeitsverbände (G. D.)

Dr. G. G. G. G.

Deutscher Gewerkschaftsbund

Dr. G. G. G. G.

Deutscher Gewerkschaftsbund

Dr. G. G. G. G.

Reichsverband der

Privatrechtlichen

Rechtsanwälte

Dr. G. G. G. G.

Reichsverband der

Deutschen Landwirtschaft

Dr. G. G. G. G.

Reichsverband der

Deutschen Bauernvereine

Dr. G. G. G. G.

Reichsverband der Deutschen

Arbeitsverbände (G. D.)

Dr. G. G. G. G.

Deutscher Gewerkschaftsbund

Dr. G. G. G. G.

Deutscher Gewerkschaftsbund

Dr. G. G. G. G.

Reichsverband der

Deutschen Gewerkschaften

Dr. G. G. G. G.

Reichsverband der

Deutschen Gewerkschaften

Dr. G. G. G. G.

Reichsverband der

Deutschen Gewerkschaften

Dr. G. G. G. G.

Reichsverband der

Reichsverband der

Deutschen Landwirtschaftlichen

Gesellschaften (G. D.)

Dr. G. G. G. G.

Reichsverband der Deutschen

Rechtsanwälte

Dr. G. G. G. G.

Reichsverband der

Deutschen Gewerkschaften

Dr. G. G. G. G.

Reichsverband der

Deutschen Gewerkschaften

Dr. G. G. G. G.

Reichsverband der

Deutschen Gewerkschaften

Dr. G. G. G. G.

Reichsverband der



Der deutsche Wald und seine Zukunft.

Es muß die Landwirtschaft mit großer Besorgnis erfüllen, daß sie durch die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse gezwungen wurde, zu einem Raubbau unserer herrlichen Forstbestände überzugehen, nachdem unsere vorbildlichen Forstverwaltungen so unendlich Großes für den deutschen Wald getan haben. Deutschland steht tatsächlich in Gefahr, ein waldfreies Land zu werden, da wir auf Grund des Versailler Vertrages zur Ablieferung gewaltiger Holz-mengen gezwungen werden sollen. Weitere holzreiche Gebiete sind uns außerdem durch diesen Vertrag verloren gegangen.

Deutsche Landwirte! Mit dem deutschen Wald steht und fällt auch die Landwirtschaft. Raubbau am Wald bedeutet die Vernichtung unserer Volkswirtschaft und stellt die gesamte Ernährung des deutschen Volkes in Frage. Die Aussichten für den deutschen Wald sind trübe; aber wir dürfen deshalb den Kopf nicht hängen lassen, sondern müssen hoffen, daß es gelingen wird, auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden.

Schon öfter hat der deutsche Wald Zeiten der Verwüstung durchgemacht und hat sich dann immer wieder durch bessere Pflege und Kultur erholt. So war es nach dem 30-jährigen Kriege, so auch nach den napoleonischen Kriegen. Auch damals gab es große Klagen über Holznot und Holzverehrung. Freilich lagen da für Deutschland die Verhältnisse infolgedessen günstiger, als damals noch viel größerer Flächen mit Wald bedeckt waren und die Volkswirtschaft nur ein Drittel so groß war wie heute. Schon vor dem großen Kriege wurden mehr als 10 Millionen Kubikmeter Holz bei uns eingeführt. Jetzt können wir nicht mehr so viel Holz aus dem Auslande beziehen und müssen obendrein an den Feindbund riesige Ablieferungen machen. Es muß trotzdem alles aufgeboten werden, den Bestand des deutschen Waldes zu retten.

Die wichtigste Aufgabe unserer Waldwirtschaft wird es sein, Wege zu finden, um die Erhaltung der Bodenkraft bei gleichzeitiger Erhöhung der Erzeugung zu sichern. Die erste Aufgabe ist die Erhaltung der ungeschwächten Bodenkraft, weil nur diese die Erzeugung großer, wertvoller Holzmassen dauernd gewährleistet. Dieses Ziel ist aber im gemischten, ungleichaltrigen Walde mit natürlicher, Verjüngung in den meisten Fällen am besten gesichert, und darum sollte dieser in Zukunft die Regel bleiben. Ferner sollte es der Staat nur in der allergrößten Notwendigkeit gestatten, daß Waldflächen dem Walde entnommen wird. Denn die Waldflora ist das einzige Mittel der Humusbereicherung des Waldbodens und es ist daher dringendes Erfordernis, daß sie dem Walde erhalten bleibt.

Festes Abonnement der Zeitung gegen Naturalien.

Wer seine Zeitung von 1. September bis Ende dieses Jahres gegen Naturalien (Feuch, Kartoffeln, Eier oder Butter) bezahlen will, wolle dies unserer Geschäftsstelle oder unseren Agenten umgehend mitteilen.

Verlag der Schwarzwalder Tageszeitung „Aus den Tannen.“

Wetter.

Die Luftdruckveränderungen sind noch nicht ausgeglichen. Für Dienstag ist daher mit vielfach bedecktem und regnerischem, nur langsam wieder aufheitendem Wetter zu rechnen.

Handel und Verkehr.

Stuttgarter Wochenmarkt, 25. Aug. Auf dem Gemüse- und Obstmarkt kosteten Rettiche 40-60, Salat 30 bis 50, Endivien 50-80, Bund Karotten 80-120, gelbe Rüben Pfd. 120, Blumenkohl 100-250, Kohl 80-100, Kraut 100-120, Gurken 80-120, Einmachgurken 800, Kohlrabi 40-60, Bohnen 300-400, rote Rüben Bund 25, dto. Pfd. 60-80, Spinat 120 bis 150, Zwiebel 80, Tomaten 220-250. — Auf dem Obstmarkt war das Angebot sehr stark. Bei hohen Preisen blieben die Käufer zurückhaltend. Es wurde verlangt: für Äpfel 65-70, Birnen 50-90, Pflaumen 30-60, Gaischirle 70-90. Die Zufuhr aus Baden war besonders gut. Bühler Feigtessen kosteten 50-55. Die Kartoffeln hält immer noch an. Das Pfd. Kartoffeln kostete 55. — Fettwaren und sonstiges: sämtliches Speisefett 850-1000, Margarine 950 bis 1200, Schmalz 1200, Butter 17-1800. Die Preise sind sämtliche in 1000 M. zu lesen.

Winnenden, 24. Aug. Die Zufuhr zum Fruchtmarkt betrug 281 Ztr. Weizen, 259 Ztr. Haber, 8 Ztr. Gerste, 19 Ztr. Roggen und 20 Ztr. Dinkel. Preis für Weizen 13-16, Haber 7-9, Gerste 13, Roggen 8-13, Dinkel 8-12,5 Mill. M. je der Ztr.

Winnenden, 24. Aug. Dem Schweinemarkt waren 85 Milchschweine zugeführt. Das Stück galt 15 bis 18 Mill. M.

Badische Marktberichte. Auf dem Schweinemarkt in Badlach wurde für das Paar Läufer 18 und für das Paar Ferkel 4-10 Mill. M. bezahlt. — Engen: Ein Paar Ferkel galt 7-14 Mill. M. — Müllheim: Auf dem Viehmarkt kosteten Ochsen 5-800, Kühe und Kalbinnen 3-600, Kleinvieh 100-140 Millionen Mark.

Wegscheid, 25. Aug. Die Gemeinde erlöste auf einem Solalverkauf die Summe von 22½ Millionen.

Letzte Nachrichten.

Der Reichskanzler in Bayern. WTB. München, 25. Aug. Reichskanzler Dr. Stresemann traf mit dem jahresplanmäßigen Schnellzug 8.25 Vorm. in München ein. Der Kanzler fuhr nach kurzer Verweilung mit Freiherr von Daniel im Auto nach Mittenwald weiter, wo er heute eine Aussprache mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling haben wird.

Die Verkehrsperre im besetzten Gebiet. WTB. Münster, 26. Aug. 1923. Nach Mitteilung der 3. franz. Division an das Besatzungsamt in Dortmund soll die Verkehrsperre am 19. September endgültig aufgehoben werden.

100 Milliarden Rdt. Vohngelder von den Franzosen gefordert.

WTB. Essen, 26. Aug. Gestern Nachmittag kurz vor 2 Uhr drangen Beamte der franz. Besatzungsorgane, sowie Militär in die Räume der Stadthauptkasse ein und nahmen etwa 100 Milliarden Mark Rdt. Vohngelder fort. Die Beamten waren gerade mit dem Abschluß der Währungsrechnung beschäftigt. Die Beschlagnahme erfolgte trotz des Protestes des Geschäftsführers ohne Angabe von Gründen, angeblich auf Befehl des Divisionsgenerals.

Die Lage auf den Zechen im Ruhrgebiet. WTB. Essen, 26. Aug. Die Lage auf den Zechen im Ruhrgebiet ist noch nicht ganz geklärt. Während auf einer ganzen Reihe von Zechen die Arbeit wieder aufgenommen worden ist, haben andere Besatzungsstellen die Arbeit wieder eingestellt, da ihre Forderungen von den Arbeitgebern nicht bewilligt wurden.

Daheim zur Erholung nach Frankreich abgereist. WTB. London, 26. Aug. Premierminister Baldwin ist zur Erholung nach Frankreich abgereist.

Erhöhung der Bergarbeiterlöhne. — Erhöhung der Kohlenpreise.

WTB. Berlin, 26. August. Die mit Wirkung vom 10. 8. ab nach dem Lebensmittellindex vorgenommene Erhöhung der Bergarbeiterlöhne macht in Verbindung mit der fortschreitenden Steigerung der Materialpreise eine abermalige Erhöhung der Kohlenpreise mit Wirkung ab 27. August nötig. Die Erhöhungen betragen 86,2 bis 112,5 Prozent. Die neuen Preise überschreiten auch diesmal die auf dem Weltmarkt ortenden Kohlenpreise wieder beträchtlich.

Wieder eine Sonntagsrede Polkars.

WTB. Paris, 25. August. In seiner heutigen Rede in Chassy malte Polkars ein Schreckensbild dessen, was geschehen würde, wenn Deutschland im Weltkrieg den Sieg davongetragen hätte. Für Frankreich heiße es: Bezahlt und oder wir bleiben.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf. Druck 40 81 bei der „Schwarzwalder Tageszeitung“.

Ärztliche Bekanntmachungen.

Die in Deutschland seit Kriegsbeginn stark verbreitete Tollwut von Hunden ist nun auch in Württemberg (Regenstetten) wieder ausgebrochen. Die Krankheit ist auf den Menschen übertragbar und kann bei diesen unter den schwersten Krankheitserscheinungen den Tod herbeiführen.

Die tollwutverdächtigen Erscheinungen sind folgende: Bei Hunden, die den Ansteckungsstoff der Tollwut aufgenommen haben, vergehen in der Regel 3 bis 8 Wochen, manchmal mehrere Monate bis zum Ausbrechen der Krankheitserscheinungen.

Zuerst zeigt sich eine Veränderung des Benehmens der Hunde. Sie werden aufgeregter, mürrisch oder auch widerpenlich und vertreiben sich gern. Sie verschmähen ihr gewöhnliches Futter und belanden die Nahrung unordentlich. Gegenstände wie Holz, Leder, Metall und dergleichen zu benagen und zu verschlucken. Nachdem diese Erscheinungen einen halben bis 2 Tage angehalten haben, stellt sich ein lebhafter Drang zum Entweichen ein. Sie suchen sich zu befreien und irren oft weithin planlos umher. Es tritt dann sich steigende Heißhunger ein. Sie beißen nach Gegenständen, Tieren und Menschen und fallen namentlich fremde Personen an. Die Stimme verändert sich. Die Erscheinungen der Aufregung dauern 3-4 Tage, wo auf unter starker Abmagerung Abmagerungserscheinungen eintreten. Die Hunde können nicht schlafen. Der Urtersticker hängt herab und die Zunge zum geöffneten Maul heraus. Am 5-8. spätestens am 10. Tage sterben die Tiere an Erschöpfung. Bei der stillen Wut bemerkt man hauptsächlich die Abmagerungserscheinungen und die Tiere sterben bereits nach 2 bis 3 Tagen.

Durch den Ausbruch der Tollwut in Württemberg wird die Durchführung hinsichtlich der Beschäftigung und Belästigung des Publikums durch Hunde (Tragen von Maulkörben) dringende Notwendigkeit (s. vgl. Art. 22 des Pol. Strafgesetzes vom 27. 12. 71 (Reg. Bl. S. 391 und § 1 der Verf. des Min. des Innern vom 5. 11. 74, Reg. Bl. S. 245). Gleichzeitig wird auf die Vorschrift des. der Hundehalbsbinden (§ 45 der Verf. des Ministerium des Innern vom 11. 7. 1922, Reg. Bl. S. 293) hingewiesen.

Die Ortspolizeibehörden werden zur rücksichtslosen Durchsührung und Überwachung obiger Bestimmungen angewiesen.

Der Inhalt der Bestimmungen ist in ordentlich Weise bekanntzumachen und Vollzugsbericht bis 15. September 1923 hierher zu erstatten.

Regalb, den 25. August 1923. Oberamt: J. B. Schneider, stv. Amtm.

Einfuhr von Wiederkäuern und Schweinen von außerhalb Württemberg.

Im Hinblick auf die andauernde Einfuhr von Schweinen aus außerwürttembergischen Ländern werden die geltenden Vorschriften im Nachfolgenden kurz zusammengefaßt:

1. Sämtliche von außerhalb Württemberg eingeführten Wiederkäuer sind — ob sie einem Händler oder Privatmann gehören — auf die Dauer von fünf, Schweine auf die Dauer von zehn Tagen unter polizeiliche Beobachtung zu stellen.

2. Die polizeiliche Beobachtung kann nachgelassen werden, wenn die Tiere nachweislich aus freundschaftlichen Bezirken stammen d. h. ihren letzten dauernden Standort dort hatten.

3. Die eingeführten Wiederkäuer und Schweine sind beim Entlassen amtlich zu untersuchen, ebenso nach Ablauf der Beobachtungsfrist. Der Zeitpunkt der Entladung ist dem Oberamtsarzt rechtzeitig mitzuteilen.

4. Die Transportisten, Köche und dergl. sind zu reinigen und zu desinfizieren.

5. Für die amtliche Untersuchung durch den Oberamtsarzt werden zur Staatskasse Gebühren erhoben, die dem jeweiligen Gebührentariff angepaßt sind. Ihre Höhe kann beim Oberamt und Oberamtsarzt in Erfahrung gebracht werden.

Die Ortsbehörden werden ersucht, für ordentliche Bekanntmachung, namentlich dauernden Aushang am Rathaus zu sorgen.

Regalb, den 24. August 1923. Oberamt: J. B. Schneider, stv. Amtm.

Johann Pfalzgrafenweiler.

Streu-Verkauf.

Am Donnerstag, den 30. August 1923, nachmittags 5 Uhr in Gombach im Gasthaus zum Löwen aus Staatswald Zimmermannswies 37 am Waldkreuz.

Spiegel

in allen Größen u. verschiedenen Rahmen empfiehlt preiswert die

W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig.



Familienkalender

für 1924

sind zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung.



Eine schöne, 16 Monate alte

Wolfschändin

hat zu verkaufen. Wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Altensteig. Bekanntmachung.

Von Samstag, den 1. September ab ist meine Vohndrescherer am hiesigen Platz eingestellt. Denjenigen, welche mir noch Arbeitslohn für Dreschen und Holz sägen vom Jahr 1922/23 schulden, werden ersucht, spätestens bis heute Abend zu bezahlen, da ich sonst gezwungen bin, von morgen ab ohne Ausnahme den neuen Preistatist zu verrechnen.

Kugust Schaal.

Gochdorf. geschlossen

Don heute ab halte ich mein Gasthaus bis auf weiteres geschlossen. Theurer, zur Krone.

Butter-Pergament

und weiss

Einwickelpapier

sowie

Packpapier

empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhandlg.

Altensteig.

Inferate haben in unserer Schwarzwalder Tageszeitung „Aus den Tannen“ dessen Verfall

